



## Wie weiter Südtirol?

### Eine Fragestellung der Kuratoriums Marienberger Klausurgespräche mit einigen Antworten zur Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung

Die vorliegende Skizze zu Handlungsbedarf und –richtung in Südtirol für eine solidarische Gesellschaftsentwicklung stellt das Ergebnis der Marienberger Klausurgespräche im März 2010 aus, die unter dem Generalthema „Verantwortete Freiheit – vom Umgang mit Besitzständen, Veränderungen und Werten in der gegenwärtigen Krise“<sup>1</sup> standen, und einer Nachfolgeveranstaltung im Oktober unter dem Titel „Wendezeit: Mut zum Umbruch – für einen neuen solidarischen Gesellschaftsvertrag“. Diese vertiefte einzelne Aspekte aus den Klausurgesprächen beziehungsweise versuchte, ihre allgemeinen Einsichten auf die speziellen Südtiroler Verhältnisse herunter zu brechen.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> Wichtige Anstöße gaben bei der 15. Klausurveranstaltung vom 25.-27. März 2010 u. a. die Referate von Rektor Walter Lorenz über „Unternehmerische Freiheit und soziale Verantwortung – wider die Privatisierung des Sozialen“ (siehe auch: Walter Lorenz, Das Soziale Manifest, 2009) sowie des Präsidenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Alois Glück, über „Freiheit wozu? Wege zu einer zukunftsfähigen Kultur“.

<sup>2</sup> Auf der Herbstveranstaltung vom 22. Oktober diskutierten drei Arbeitskreise über: „Anständig wirtschaften“ (Leiter: Günther Reifer), „China war gestern“ (Leiterin: Micki Gruber), „Mehr Software statt Hardware“ (Leiterin: Johanna Plasinger). Walter Paris hatte zu den einzelnen Arbeitskreisen Einführungsstatements vorbereitet, die unter [www.marienberger-gespraech.org/](http://www.marienberger-gespraech.org/) aufgerufen werden können.

Die Gesamtorganisation 2010 war wie bisher in den bewährten Händen von Günther Andergassen, Astrid Pichler und Walter Paris. Günther Andergassen hatte den Vorsitz des Kuratoriums 2009 übernommen, nachdem Karl Golser nach seiner Berufung zum Bischof der Diözese von Bozen-Brixen als Vorsitzender zurückgetreten war.

## Freiheit verantworten, anständig wirtschaften

Zwei Kernargumente lagen dabei allen Überlegungen zugrunde:

1. *Verantwortete Freiheit*, das titelspendende Klausurthema 2010, widerspricht der herrschenden Lebenspraxis, das Freiheitsprinzip zu individualisieren und das Gleichheitsprinzip zu solidarisieren. Gleichheit darf nicht als Gleichmacherei fehl gedeutet werden. Denn das Gegenteil von Gleichheit ist nicht Unterschied, sondern Ungleichheit. Das Gleichheitsprinzip unterstützt das Streben, die Ungleichen im gesellschaftlichen Kontext etwas *gleicher* zu machen, ja, diesen eine besondere Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Ohne ein Mindestmaß an Gleichheit ist auch das Ideal der Freiheit auf Dauer nicht durch zu halten.

2. *Anständig wirtschaften*: Im Lichte der neuesten Entwicklungen in der Weltwirtschaft war der Grundtenor der Marienberger Klausurgespräche 2010 verständlicherweise explizit kritisch zu einer Wirtschaft ohne ethische Grundhaltung, der ausgeprägten Habgier in Finanzwelt und Führungsetagen sowie dem Wachstumsrausch, der viele, allzu viele Sinn und Maßstab für das Machbare und die elementaren Grundsätze kaufmännischer Vorsicht im häuslichen wie öffentlichen und unternehmerischen Bereich schlicht vergessen ließ.

Die Krise hat über die viel diskutierten Finanzjongleure hinaus, über die Bankenwelt auch, noch viele weitere, mitunter gern verschwiegene Ursachen, so erhebliche Bevölkerungsteile, die über ihre Verhältnisse hinaus leb(t)en, Unternehmen, die ingeniös an ein ständiges *Weiter wie Bisher* mit ewigen Wachstumsraten und Umsatzsteigerungen glaub(t)en, Ökonomen, die der gewollten und mit aufwändiger Ingenieursleistung punktgenau

geplanten Obsoleszenz aller Güter<sup>3</sup> das Wort reden, Wissenschaftler, die systematische Ressourcenverschwendung predigen oder Gewerkschaften, denen die Belastbarkeit von Unternehmen aus dem Blick geraten ist, schließlich das Gros der Politiker, die seit Jahr und Tag ein Wachstumsmantra wiederkauen, bar aller Versorgungsgedanken für Zeiten des Stillstands, gar abnehmender Leistungsfähigkeit in Wirtschaft und Gesellschaft.

In diesem gesamtgesellschaftlich geteilten Wachstumswahn samt zugrunde liegender, besinnungsloser Ausbeutung und Vergeudung aller endlichen, irdischen Rohstoffe und Lebensräume hat sich der materielle Wohlstandsgarant Wirtschaft von der Gesellschaft allmählich entkoppelt und sie schlussendlich als freiwillige Geisel empfangen.

Nichts, das gegenwärtig nicht ökonomischer Gesetzmäßigkeit unterworfen wäre, und: Ohne Wachstum ist alles nichts. Heißt, ohne Wirtschaftswachstum sei keine stabile demokratische Kultur mehr gewährleistet, sind solide öffentliche Haushalte nicht mehr möglich, kann es keine soziale Entwicklung geben! Gesellschaftlicher Reichtum ist zum blanken Ergebnis wirtschaftlicher Prozesse verkommen. Dagegen und dem zugrunde liegenden Mainstream wurden in der Klausur und den herbstlichen Diskussionsforen festgehalten, dass die Wirtschaft ernstlich Moral und die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts eine neue Kultur des Anstands brauchen.<sup>4</sup>

In der sozialen Marktwirtschaft war die soziale Balance eine Erfolgsgarantie. Doch im letzten Jahrzehnt des ausgehenden Jahrhunderts setzten sich vermehrt neoliberale Tendenzen durch und weichten im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts die Konzeption der sozialen Marktwirt-

---

<sup>3</sup> Als jüngeres Beispiel sei auf die absichtlich geplante kurze Lebensdauer der Batterien der ersten iPod-Serien von Apple verwiesen, die qua Gerichtsverhandlung dokumentiert ist.

<sup>4</sup> Siehe hierzu Hans Küng (2009) „Anständig wirtschaften – warum Ökonomie Moral braucht“

schaft in immer weiteren Bereichen des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens auf beziehungsweise lösten sie ab. Der Mensch wurde vorzugsweise als Kostenfaktor und Produktionsmittel betrachtet, auch *Humankapital* genannt. Seine maßgeblichen Antriebskräfte speisen sich (und nähren!), so die Theorie, so die Praxis, aus einem selbstbezogenen, ichsüchtigen Individualismus mit ausgeprägtem Konsuminteressen im Rahmen kurzfristiger, rein materiell orientierte Wohlstandsmehrung.

Die globale Finanzkrise und ihre lokalen Verwerfungen sind auf diesem Hintergrund als eine Krise des dominanten Wirtschafts- und Lebensstils zu werten.

Alternativ dazu zeigte das neue Europa nach dem zweiten Weltkrieg eine durchaus ethische Dimension auf. Nach den vor allem angloamerikanische geprägten Exzessen einer deregulierten Marktwillkür ist nun diese junge europäische Tradition mit Souveränität einzuklagen und an ihr gilt es, in den kommenden Jahren weiterzubauen.

### **Der Entgrenzung entgegenwirken**

Der Kapitalismus als Ordnungsform hat als einziges Ziel die unbegrenzte Ausdehnung von Wachstum und Bereicherung. Wachstum wurde zu einem selbstständigen politischen Ziel erklärt. Einziger Maßstab ist demzufolge die Förderung des Marktwettbewerbs – nicht des Gemeinwohls. Dabei hatte schon der Club of Rom auf die „Grenzen des Wachstums“ in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts hingewiesen. Man vergaß nach Jahrzehnten exorbitanten Wachstums in der Nachkriegszeit, dass der Sinn des Wirtschaftens vornehmlich darin liegt, die menschlichen Lebensgrundlagen zu sichern.

Gewinnstreben ist unter dem Vorbehalt gerechtfertigt, dass höhere Werte gewahrt bleiben. Niemals aber lässt sich daraus ein Maximum an finanziellem Gewinnstreben

ohne Rücksicht auf seine sozialen und ökologischen Kosten rechtfertigen. Wohin die Entkoppelung der Wirtschaft von ihren Voraussetzungen führt - Voraussetzungen zudem, die sie niemals selbst einbringen kann, nämlich Natur und Gesellschaft -, zeigt die Erschöpfung eben der Menschen und ihrer Umwelten in der Gegenwart. Außerdem darf die Finanzwirtschaft nicht vergessen, dass sie der Realwirtschaft zu dienen hat und nicht umgekehrt. Deshalb kommt zuerst die Ethik, dann die Politik, und erst dann die Ökonomie. In Marienberg wurde deshalb mit aller Vehemenz die Berücksichtigung der Nachhaltigkeit als Indikator gefordert. Finanzielle Indexfaktoren wie Umsatz, Rendite sowie rein monetäre Vorstellungen von Wachstum sind jetzt mit weiteren Kriterien zu ergänzen: soziale und ökologische Maßstäbe drängen sich vehement auf. In Zukunft werden vor allem letztere eine entscheidende, vielleicht alles entscheidende Bedeutung in einem ressourcenbegrenzten, weil endlichen Wirtschaftsraum erhalten.

Wirtschaftsethik ist als Maßstab zur Bewertung von Unternehmen heranzuziehen. Dies würde einen Paradigmenwechsel bedeuten: nicht nur der Mensch im Focus, sondern auch seine Umwelten. Es geht um ein neues Wirtschaften, um ein neues Wirtschaftsmodell, um eine neue Definition von Erfolg im Rahmen ganzheitlicher Sichtweisen, die um die Begrenztheit zumindest alles Irdischen wissen. Darum, dass kein Baum in den Himmel wächst – und wohl, nach heutigem Erkenntnisstand auch kein Kosmos ewig ausdehnen kann. Weg vom mechanistischen, aufgabenorientierten hin zum menschenorientierten Weltbild in der Wirtschaft lautet die zentrale Botschaft. Die Softskills sollten im Mittelpunkt stehen und Systemprinzipien die Basis für wertorientierte Leadership bilden.

Es geht nicht darum, zu lernen sich noch besser darzustellen oder ins Zentrum des Interesses zu rücken, sondern es geht um gegenseitiges Lernen, um Modell-Sein, um eine ehrliche und echte Feedback- und Fehlerkultur. Nachhaltigkeit, ethische Bildung, Besinnung auf ethische

Standards, sollten den Rahmen bilden für alle Handlungsweisen und Entscheidungen - gerade auch in der Chefetage. Voraussetzung ist ein Neudenken und sogar ein Hinterfragen des Verhältnisses Arbeitgeber/Arbeitnehmer und die Rolle der Tarifpartner – weg vom Mangeldenken, hin zum Denken in Chancen und Möglichkeiten. Erst dies setzt wahre Potentiale frei und lässt Mitarbeiter zu Spitzenleistungen wachsen und Teams zu Hochleistungsteams entwickeln.

Unternehmen unterschätzen noch immer die Bedeutsamkeit von Unternehmenskultur und Unternehmenskommunikation. Die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise hat der seit einigen Jahren stattfindenden Diskussion über Corporate Social Responsibility und der Moralisierung der Unternehmenskommunikation einen unerwarteten Schub gegeben. In diesem Zusammenhang erscheint nicht nur die Unternehmenskommunikation, sondern auch die Unternehmenskultur in einem neuen Licht. Inzwischen ist bekannt, dass Unternehmenskultur keineswegs ein „weicher Faktor“ ist, sondern dass sie die Grundlage für das erfolgreiche wirtschaftliche Handeln von Unternehmen darstellt.

Die Medien müssen sich ihrer Funktion für Bewusstseinsbildung und Modifizierung der Bewertungsmaßstäbe (best practice Beispiele, etc.) gerecht werden. Auch hier muss die neue Definition von Erfolg in den Fokus des Interesses gestellt werden und die tägliche Berichterstattung entsprechend ausgerichtet sein. Auch sind die Kriterien für die öffentliche Förderung wirtschaftsethischen Erfordernissen anzupassen.

### **Der Markt ist sozial und ökologisch blind**

Die Krise hat uns klar vor Augen geführt, dass man nicht alles der Selbstbestimmung der Marktkräfte überlassen darf. Es braucht eine neue Balance zwischen Markt und Staat. Da blickt die westliche Welt teils sorgenvoll, teils erstaunt – interessiert nach Asien. Mit dem unstrittig wirt-

schaftlichen Erfolg wird aber die Frage nach der gesellschaftlichen Verfasstheit zu stellen sein. So kann das chinesische Modell der ökonomischen Prosperität ohne demokratischen Zuschnitt kein Gegenmodell sein. Gerade wenn die Wirtschaft sich in unseren Tagen an die neuen globalen Bedingungen anpasst, darf dabei die Würde des Menschen keinesfalls Schaden leiden, darf die menschliche Gesellschaft nicht auseinander brechen. Das wirtschaftliche Handeln muss darin überprüft werden, ob es sozial-, Umwelt- und zukunftsverträglich ist: Nachhaltigkeit muss Leitprinzip heutigen Wirtschaftens sein. Es geht jetzt darum, die soziale Marktwirtschaft neu zu denken. Sie beruht auf den Grundwerten und Grundrechten unserer Verfassung, nämlich Menschenwürde, Freiheit und Gerechtigkeit. Auf dieser Grundlage lassen sich Herausforderungen, die eine wachsende Globalökonomie, neue technische Revolutionen, demographische Veränderungen und ökologische Probleme an uns stellen, im Sinne einer ganzheitlichen Politik am besten bewältigen. Die Politik ist dabei, sich dieser Aufgabe zu stellen. In einer globalen Feuerwehreaktion sind riesige Geldmengen zur Rettung von Betrieben und Banken, aber auch ganzer Volkswirtschaften in die Hand genommen worden. Allerdings kann die Krankheit nicht allein durch symptomatische Behandlung geheilt werden. Das Übel ist an der Wurzel anzufassen. Es obliegt der Politik, in internationalen Absprachen entsprechende Rahmenbedingungen festzulegen, die von den wirtschaftlichen Akteuren zu beachten sind.

### **Bürger und Politik entfremdet**

Die Entfremdung der Bürger von der Politik äußert sich in Politikmüdigkeit, in der Anfälligkeit für Schlagwörter, Hetzparolen, Populismus. Dem kann durch Förderung der Teilhabe und die Stärkung der Eigenverantwortung entgegengewirkt werden; im Grunde durch konsequente Beachtung der Begriffstrias: Personalität, Subsidiarität und Solidarität.

Aktive Bürgergesellschaft basiert auf Mitverantwortlichkeit und Teilhabe der Bürger und Bürgerinnen am demokratischen Meinungsbildungsprozess des Staatswesens. Es ist die Synthese aus Selbstorganisation der Bürger in ihren Lebenskreisen einerseits, staatsbürgerlichem Engagement andererseits. Die Qualität von sich ergänzender Vernetzung von Institutionen und staatsbürgerlichem Engagement muss in der Konsequenz das prägende Strukturmerkmal unseres Sozialsystems sein. Allen zentralistischen und autoritären Tendenzen ist eine Absage zu erteilen. Auf jedem Fall sollte man im Sinne wahrhaftiger Demokratie die Bedeutung der kommunalen und regionalen Politik stärken, ihre Aufgaben dezentralisieren und den Bereich der staatlichen Leistungen, den die kommunalen Behörden verantworten, ausweiten. Ausgehend von der aktuellen Diskussion zu den Verfahrensformen der Direkten Demokratie werden Defizite in der vorherrschenden Kultur des Landes und die Notwendigkeit der Stärkung einer zukunftsweisenden Vertrauenskultur geortet. Menschliche und gesellschaftliche Realität ist immer nur im Austausch möglich. Politik hat den Ausgleich zu organisieren, das Aushandeln von Kompromissen zu fördern. Deshalb sollte die Politik Ziele vor dem Hintergrund von Visionen/Leitbildern und Gesamtinteressen vorgeben. Diese Ziele müssen allgemein nachvollziehbar dargestellt werden und sowohl Kosten als auch Nachfolgekosten im Sinne einer Generationenverantwortung auflisten. Zur allgemeinen Bewertung sind weiter die sozialen und ökologischen Auswirkungen darzulegen. Hier sind zukünftig und über die Generationen hinweg redlich alle Kosten zu „bilanzieren“.

Konsensfindung gehört also zur Schwerarbeit in der Demokratie und schließt auch die Anwaltschaft der Enkel und künftigen Generationen mit ein. Sie lebt von Aushandlungsprozessen mit abschließenden Mehrheitsentscheidungen, die allgemein anzunehmen sind. Damit sie annehmbar werden, auch von der unterlegenen Minderheit, sind sie im Vorfeld – eben *qua faire* Aushandlungsprozesse – durch entsprechende Bürgerbeteiligungsga-



rantien zu erarbeiten. Diese Beteiligung ist durch offene Formen der Diskussion systematisch zuzulassen und zu fördern. Bildung hat die erforderliche Befähigung aufzubauen. Institutionell und strukturell sind hierfür in der jüngeren Vergangenheit zahlreiche Beteiligungsformen entwickelt worden, die von Zukunftswerkstätten, Focus- und Konsensgruppen, bei örtlichen Vorhaben über Stadt- und Leitbildgesprächen bis hin zu Volksbefragungen reichen. Ihre Ergebnisse sind zur Kenntnis zu nehmen und mit den Gesamtinteressen abzugleichen. Die Umsetzung ist transparent zu gestalten und entsprechend zu kommunizieren. Dies setzt Politiker und Politikerinnen (und einen politischen Stil/eine politische Kultur) voraus, die

- im Dialog mit den Bürgern und Bürgerinnen stehen, die sie vertreten;
- sich als Nutzen – Sinnstifterinnen verstehen;
- mit Reden und Handeln übereinstimmen;
- begründungsgeleitet sprechen und handeln.

In der Sachpolitik wird vernetzt an vielen Schrauben gedreht werden müssen, vor allem in der Bildungs-, Wohnungs-, Arbeits- und Wirtschaftspolitik. Dabei ist zu beachten, dass auch quantitative Veränderungen die Qualität einer Gesellschaft verändern können.

### **Weniger in Mauern, mehr in die Menschen investieren**

Unsere allgemeine Kultur zeigt Schwäche gegenüber dem Sozialen. Freiheit ist auf Dauer nur zu retten, wenn das Soziale nicht zu kurz kommt. Ohne ein Minimum an Gerechtigkeit, an Würde, an Konsens ist eine Gesellschaft nicht zusammenzuhalten. Landshauptmann Luis Durnwalder hat seine Regierungserklärung 2009 unter das Motto „Mehr Software statt Hardware“ gestellt. Das heißt zunächst und immer: mehr Bildung. In einer globalisierten Welt, die zunehmend auf Wissen basiert, hat Bildung eine grundlegende gesellschaftliche, kulturelle und ökonomische Bedeutung. Bildung sichert Chancengleichheit, die Anerkennung des Einzelnen und die Wertschätzung der Unterschiedlichkeit ebenso wie die Chancen-

gleichheit von Mann und Frau. Professionalität aller im Bildungsbereich Tätigen ist entscheidend für die Bildungsqualität. Ein klares Berufsbild soll Lehrerinnen und Lehrer stärker bewusst machen, dass ihre anspruchsvolle Arbeit für heranwachsende Menschen und über sie für die Gesellschaft wichtig ist. Dieses Wichtigkeitserlebnis stärkt ihr Selbstwertgefühl, stärkt Vertrauen in die eigene Arbeit und bestärkt sie in ihrem Bemühen um eigene Professionalität. Die Diskussion über die Bildungsreform ist beherzt weiterzuführen; gerade was „das Recht auf Zugang zu allen Bildungsstufen, auf gleiche Bildungschancen, auf qualitative und quantitative Erweiterung des Bildungsangebotes und auf lebenslanges Lernen“ anlangt. Die Maßnahmen setzen *in toto* auf zeitnahe Orientierung und Eingliederung in die Arbeitswelt sowie auf Förderung der Fähigkeiten ab, die anstehenden Veränderungen zu bewältigen und sich in einer immer komplexer werdenden Welt zu orientieren. Deshalb sind Orientierung, Lernberatung und Berufsberatung sowie horizontale und vertikale Durchlässigkeit bis hin zur Berufsmatura so bedeutsam.

Wo Bildung Vorrang hat, gilt es, die Unterprivilegierten und Benachteiligten zu bevorzugen, das heißt in der Quintessenz: Ungleiches ungleich zu behandeln. Damit greift man auf eine Forderung der EU-Kommission aus den 90ern zurück, die unter der Leitung von Jacques Delors genau dieses einforderte: für die Schwächsten die Besten einsetzen, für die Ärmsten die meisten Mittel zur Verfügung stellen – auf der Seite der Lernenden zu stehen. Bildung ist also die Schlüsselfrage, das gilt für die Immigrationspolitik gleichermaßen wie für die Wirtschafts- und Sozialpolitik – letztlich für die Solidarität in der Gesellschaft, für den neuen Sozialvertrag all ihrer Mitglieder.

An der bildungspolitischen Aufmerksamkeit und Mittelzuweisung für Kinder von Einwandererfamilien spießt und entscheidet sich nicht nur in Südtirol die Integrationspolitik. Sie ist ein Gradmesser dafür, wie zentral Integration im demographischen Wandel unserer Gesellschaft genommen wird. Die Integrationspolitik darf auf keinem gesellschaftlichen Feld unterschätzt werden; dies gilt nicht zuletzt für den *Wirtschaftsstandort* selbst. Denn Demographie und Migration sind stets auch zentrale Wirtschaftsstandortfragen. Was nun für Kinder mit Migrationshintergrund billig ist, kann für jene, die sich in der in-

neren Migration befinden, für Schulabbrecher, Sozialauffällige, neuerdings auch „Unsichtbare“ und andere Zuwendungsbedürftige bis hin zu den Roma nur Recht sein. Und „Mehr“ meint hier noch immer mehr Investition in die *Bildungsprozesse*, in die Entfaltung des individuellen Vermögens, der Entdeckung der Schätze der Kinder und ihrer Potenziale (Software also) und nicht so sehr ein Mehr an Bildungsstruktur, an –verwaltung, an Hardware also. Allzu oft konditioniert die Hardware noch die Software, wird geglaubt, die schönste und formidabel eingerichtete Schule sei auch schon die beste. Mehr Individualisierung und Endstrukturierung sollte das Ziel sein. Bildung der Bildner gleichermaßen als Schatzsuchende wie Potenzialentdecker. Noch wird die Software nicht genügend beachtet, wird sie hierzulande bestenfalls auf die Hardware abgestimmt. Daher ist es schwer, neue bzw. den tatsächlichen Bedürfnissen angepasste Softwareprogramme zu entwickeln.

Grundsätzlich gilt: keine Förderung ohne Forderung. Sozialpolitisch gewendet: Gerechtigkeit als Fairness, die eine echte Chance zur Selbsterhaltung eröffnet und offen hält. Sie steht der neoliberalen Ideologie der Eigenverantwortlichkeit um jeden Preis genauso fern wie der sozialstaatlichen Entmündigung, die eher Arbeitslosigkeit und Armut erträglich macht, als dass sie diese verhindert. Hier liegt ein Grund zur Vererbung von Armut, und hier hat erneut Bildung anzusetzen. Denn jede erworbene Kompetenz, jede Qualifikation erhöht die Chance am Arbeitsmarkt – gerade in der alternden Gesellschaft.

### **Die Grundsicherung als entscheidende Kennziffer im Sozialstaat**

Hier geht es um jenen, vor allem auch finanziellen Betrag, der die physische Existenzsicherung und ein Mindestmaß an sozial-kultureller Teilhabe gewährleistet. Immer lauter wurde aber demgegenüber von bestimmten Kreisen die Forderung, dass so viel wie möglich Unternehmertum und Anteilnahme am Marktgeschehen das Soziale, den sozialen Zusammenhalt ersetzen sollte. Dies war auch die Ausrichtung unserer Wohnbaupolitik, die den Wohnungsmarkt der Mittelschicht fast zur Gänze den Privaten überlassen hat, statt – wie beispielshalber in den nordischen Staaten – flächendeckend gemeinnützige

Siedlungsgesellschaften zu etablieren und zu fördern. Jetzt wird allerdings versucht, einige Korrekturen anzubringen, die aber zu kurz greifen. Hinsichtlich Alterssicherung wäre es klüger, ein existenzsicherndes staatliches Pensionssystem zu fördern, als mit Steuergeldern private Pensionsfonds zu unterstützen. Die sogenannte Pflegesicherung müsste, um subjektivrechtlich abgesichert zu sein, fest im Gesundheitswesen verankert bzw. in einem Versicherungssystem nach bundesdeutschem Vorbild abgesichert sein. So ist die Pflegesicherung hingegen eine etwas differenziertere Variante des in den letzten Jahrzehnten eingeführten Pflege- und Begleitgeldes. Die Renten werden aber nun beim Eintritt ins Berufsleben nach dem 1. Jänner 1996 nach dem beitragsbezogenen System berechnet. Alle eingezahlten Beiträge des Arbeitslebens werden für die Berechnung der Rente herangezogen. Das kann eine Rentenkürzung von 33 bis 50 Prozent im Vergleich zum lohnbezogenen System bedeuten. Auf Grund der wachsenden Unsicherheit und des neuen Rentensystems und der Angst einer tendenziellen Senkung des Rentenbetrags sind aber alle gut beraten, sich mit einem von der öffentlichen Hand garantierten und kontrollierten zusätzlichen Rentenfonds den verdienten Ruhestand finanziell abzusichern. Man muss aber auch wissen, dass durch die Privatisierung sozialer Sicherungssysteme immer größere Geldmengen in die Finanzmärkte flossen und gerade die Maßnahmen zur Bewältigung der Wirtschaftskrise, die durch eben diese Märkte und Finanzströme auch der großen Pensionsversicherungsfonds hervorgerufen wurde, vor allem die Armen und die Mittelschicht treffen, von denen in den USA gegenwärtig immer mehr Pensionisten vor dem buchstäblichen Nichts stehen. Sie tragen die Hauptlast der Sparpakete. Deshalb wird in vielen Ländern immer massiver die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, die Wiedereinführung der Vermögensteuer und der Erbschaftsteuer gefordert. Ohne in die Falle der populären Steuerpolemiken zu tappen ist festzuhalten, dass es eine größere, eine ausgewogene Steuergerechtigkeit (bei uns zumindest Abschaffung der regionalen Zusatzsteuer auch für die breite Mittelschicht) bedarf zu der wesentlich das ernsthafte Vorgehen gegen die Steuerhinterziehung gehört. Eine globale Einführung der Bankenabgabe und einer Finanztransaktionssteuer ist ein Gebot der Stunde. Vor allem muss die maßlose Bereicherung einer kleinen Finanzelite auf Kosten der Bevölkerung – nach angeblich

überstandener Krise macht sie bereits unverdrossen weiter – gestoppt werden.

Es bleibt, und nicht nur in diesem Zusammenhang, die Frage, wieso reagieren wir so langsam, wenn offensichtliche Herausforderungen schon seit Jahren prognostiziert sind. Viel ist derzeit hierzulande die Rede von notwendigen Innovationen und dringenden Kurskorrekturen der Politik für die Wirtschaft, doch zu den Auswirkungen der geringen Kinderzahl und der damit verbundenen Zukunftsperspektiven für unser Land hört man dann vergleichsweise wenig.

### **Der neue Reichtum**

Erst allmählich erschließt sich den Führungskräften aus der Wirtschaft, dass die Bedingungen der Arbeitswelt die Lebensbedingungen von Familien entscheidend prägen und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für viele Menschen ausschlaggebend ist für ihre Entscheidung, Kinder zu haben. Es kann dann auch nicht bestritten werden, dass eine bessere finanzielle Förderung der Familien und ein bedarfsgerechterer Ausbau außerhäuslicher Betreuungsangebote wichtig sind. Auch unterstützt und sichert die um sich greifende Kultur der Prekariats mit seinen prekären Arbeitsverhältnissen keine längerfristige Familienplanung.

Allein die gebetsmühlenhaft wiederholte Forderung, man müsse in der öffentlichen Verwaltung, im Gesundheitswesen und im Sozialen sparen, wird den Herausforderungen der Zukunft nicht gerecht. Die Diskussion sollte sich vielmehr auf das Beziehen, was alles da ist und wie man dies noch besser und effizienter nutzen könnte. Einer neuen Kunst und Kultur des Miteinander muss entsprechendes Gehör verschafft werden.

Bekanntermaßen funktionieren gerade in Südtirol die öffentliche Verwaltung, das Gesundheits- und Sozialwesen gut. Umfragen bestätigen ihnen einen hohen Zufriedenheitsgrad in der Bevölkerung. In jüngsten Rankings ist Südtirol, was die Lebensqualität anlangt, auf den ersten Plätzen. Deshalb könnte man gerade der Idee des öffentlichen Dienstes als eines Feldes mit eigenem Ethos und spezifischen Aufgaben zu erneutem und vorbildlichem Ansehen verhelfen. Auch das Gesundheitswesen wäre

als gewichtiger Wirtschaftsfaktor anzuerkennen, wobei die gegenwärtigen Kosten, bezogen auf die heimische Wirtschaftsleistung und die Länder mit ähnlichem Standard, sicher nicht als exzessive zu werten sind, wenn die demographische und technologische Entwicklung mit berücksichtigt werden.<sup>5</sup> Statt dauernden Nörgelns seitens der Wirtschaftsverbände sollte man die laufenden Bemühungen honorieren.

Und die Politik sollte ihrerseits wiederum mehr als nur Sparlisten produzieren, sie soll demgegenüber eine Begründung für ihr Gesamtprojekt nachliefern und den Beweis, dass Sparen nicht das Ende von politischer Gestaltung bedeutet. Man kann auch im Sparen gestalten. Und so könnte aus der aktuellen Krise der Keim für einen erfolgreichen Neuanfang liegen. In Südtirol zeigt das Stimmungsbarometer nach oben. Es gilt als Hoffungszeichen, dass es vielleicht auch ohne asiatische Beigaben in der Demokratie möglich ist, zukünftige Lebensmodelle zu entwickeln. Dafür braucht es Zeit. Eine Zeitbank, die auch zwischen den Generationen fungieren könnte, wäre ein begrüßenswerter Schritt in Richtung Gemeinwohlökonomie. Unsere Gesellschaft sollte sich viel mehr weg vom Nein und hin zum Ja, bzw. vom Mangel zur Fülle entwickeln. Die Menschen brauchen auch mehr Zeit zur Muse (Arbeit nicht nur unter Leistungsdruck, sondern sinnerfülltes, kreatives, produktives Schaffen, mehr Zeit für Familie und Freunde, flexible Arbeitszeiten) und weniger rein materielle Ausrichtung.

*Kuratorium Marienberger Klausurgespräche,*

*im Jänner 2011*

---

<sup>5</sup> In den letzten 15 Jahren liegen die Ausgaben im Gesundheitssektor trotz neuer Dienste und Strukturen relativ stabil bei rund 7,5% der Wirtschaftsleistung; Deutschland liegt vergleichsweise bei knapp 12%).